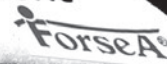




„Dieses Mal  
muss ich mich  
durchsetzen, sonst...“



Keine Einrichtungsbezogene Impfpflicht  
bei der ambulanten Assistenz!



Bundesministerium  
für Gesundheit

<b>Editorial</b>	<b>4</b>
<b>Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG</b>	
Heimzwang durch die Hintertür - Richtlinie zur außerklinischen Intensivpflege verabschiedet	5
<b>Politik</b>	
Jürgen Dusel bleibt Behindertenbeauftragter	6
ABiD fordert russischen Angriff auf die Ukraine sofort einzustellen	8
Breiter Protest gegen russischen Angriff auf die Ukraine	9
Krieg bringt nur Leid und Not	10
Offener Brief des Europäischen Behindertenforum zum Ukraine-Krieg	10
<b>Aus den Bundesländern</b>	
Für eine offene, gerechte und barrierefreie Gesellschaft	12
Stephanie Aeffner im Bundestag: Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik	14
Inklusion vom Rand- zum Leitthema machen	14
<b>Persönliche Assistenz</b>	
Förderung trägerübergreifender Budgets tut Not	15
Werbung für Persönliche Assistenz mit fairer Bezahlung	19
<b>Persönliche Assistenz und die einrichtungsbezogene Impfpflicht</b>	
Impfpflicht in der Selbstbestimmten Assistenz	20
Resümee vom Online-Gespräch zur Impfpflicht von Assistent*innen	22
ForseA-Stellungnahme zur Impfpflicht von Assistent*innen	24
Impfpflicht im Privathaushalt	25
Brief an die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder	28
Antwort des bayerischen Staatsministers für Gesundheit	31
Antwort des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums	35
Antwort an den bayerischen Staatsminister für Gesundheit	37
Erneute Antwort des bayerischen Staatsministers für Gesundheit	39
Anmerkungen zum Schriftwechsel	41
<b>Assistenz im Krankenhaus</b>	
Beitrag zu den Neuregelungen zur Assistenz im Krankenhaus	41
<b>Literaturtipps</b>	
Ratgeber für behinderte Arbeitgeber*innen und solche, die es werden wollen	42
Broschüre über Behindertenpolitik in Oberbayern	43

**ForseA intern**

Wir begrüßen als neue Mitglieder _____	44
eMail-Adressen _____	44
Post-Adressen _____	44
Beitragsabbuchung _____	44
Beitrittserklärung _____	45
Impressum _____	46
Satzung _____	47

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

dieses Vierteljahr hat es in sich. Zwei Monate panische Sorgen von ambulant versorgten behinderten Menschen mit Assistenzbedarf, die ungeimpfte Assistentinnen und Assistenten im Team haben. Bis zum Redaktionsschluss war es nicht klar, ob es vom Ermessen der Gesundheitsämter abhängt, ob sie in ihren vier Wänden bleiben können. Oder unterversorgt in ein Heim müssen. Das hätte katastrophale Folgen für sie. Zumal auch Heime sicherlich keine neuen Insassen aufnehmen können, sie haben ja auch ungeimpfte Menschen im Personal. Die Politik hat uns da einen Bärendienst geleistet. Gut gemeint, hundsmiserabel zu Papier gebracht. So was kommt zustande, wenn die Bundesländer, die Hetzer auf den Gasen im Lande, die Lobbyisten und der pandemiebedingte Zeitdruck an einem Gesetz mitwirken, die eigentlich Betroffenen je-

doch außen vor bleiben. Wenn letztere dann auch noch das Gesetz verteidigen, bleiben viele Fragen offen. Natürlich sind wir für die Impfung. Aber wenn uns das Gesetz gleichzeitig auch noch die Existenzgrundlage raubt, bedarf es einer Abwägung. Was ist wichtiger, was sind die höheren Rechtsgüter? Der Arbeitsmarkt ist derzeit - zumindest was die geimpften Assistentinnen und Assistenten anbelangt, leergefegt. Haben die Befürworter in unseren Reihen irgendwo Vorräte angelegt oder fehlt es ihnen lediglich an Solidarität mit jenen, die beispielsweise als Kunden ambulanter Dienste plötzlich nur mit einem halben Team, also ohne Assistenz dastehen?

Die Assistenz im Krankenhaus ist noch immer nicht im Bewusstsein des Medizinbetriebes angekommen. Was nutzt der gesetzliche Anspruch, wenn in der Notfallaufnahme strikt die Mitaufnahme verweigert wird? Wenn jede sich bietende gesetzliche Lücke genutzt wird, um den Anspruch ins Leere laufen zu lassen? Wenn auch noch Corona vorgeschoben wird?

Die Pandemie hat viele Defizite unserer Gesellschaft schonungslos aufgezeigt. Und das Misstrauen in den Medizinbetrieb verstärkt. Dieses Misstrauen wurde uns über lange Zeit hinweg tröpfchenweise wie Honig verabreicht und von uns aufgenommen. Die lange Einwirkzeit sorgt dafür, dass selbst absurdeste Thesen ihre Abnehmer in der Gesellschaft finden. Freunde, Kollegen, Sportkameraden, sogar Familien entzweien sich ob dieser Thesen. Hinzu kommt, dass man sich immer weiter von den Mitmenschen entfernt, sie auf Abstand hält. Nähe sogar von nahestehenden Personen verpönt wird. Dort, wo Nähe unabdingbar ist, wie beispielsweise in der Assistenz, nimmt man sie notgedrungen hin. Dabei musste man jedoch verwundert feststellen, dass sich in vielen Assistenzteams Menschen ohne ausreichenden Impfschutz befinden. Nahm man doch an, dass diese Personen ein Bewusstsein über die Besonderheit dieser Arbeitsplätze auszeichnet. Und so bekam man pandemiebedingt Probleme aus einer Ecke, aus der man sie nicht vermutet hätte (s.o.)

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch für die restliche Welt gravierende Auswirkungen. Wir sehen, wie einfach dem deutschen Staat die Milliarden aus dem Ärmel purzeln, die in die Rüstung gesteckt werden sollen. Dabei werden schnell Befürchtungen laut, dass es auf der anderen Seite massive Einsparungen geben wird. Und wer befindet sich auf der anderen Seite? Arme, Kranke,

Alte, Menschen mit Behinderungen. Auch von der Umwelt werden - fürchte ich - Opfer gefordert. Diesmal jedoch müssen endlich auch mal die Reichen und Besserverdienenden zur Kasse gebeten werden. Denn sie werden von der Bundeswehr genau so geschützt wie die anderen. Oder noch mehr, denn deren Vermögen ist sicherlich mehr gefährdet als das des Restes der ärmeren Bevölkerung. Wir werden gespannt sein, wieviel Solidarität aus diesen Kreisen gefordert und erreicht wird.

Wir hoffen alle, dass zu dem Zeitpunkt, an dem Sie das Heft in den Händen halten oder auf Ihren Rechner heruntergeladen haben, sich einige Probleme verflüchtigt haben.

Der Vorstand hat beschlossen, auch in diesem Jahr nur den halben Beitrag zu erheben, um erneut Rücklagen abzuschmelzen. Bitte denken Sie daran, dass wir zu Beginn des April die Vereinsbeiträge abbuchen. An die anderen Mitglieder werden wir Beitragsrechnungen verschicken.

Wir wünschen Ihnen ein schönes, freundliches, gesundes und friedliches Frühjahr ohne Assistenzprobleme.



Gerhard Bartz, Vorsitzender

**Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG**

**Heimzwang durch die Hintertür - Richtlinie zur außerklinischen Intensivpflege verabschiedet**

**kobinet-nachrichten am 06. Dezember 2021 von Ottmar Miles-Paul**

„Menschen, die auf Intensivpflege angewiesen sind, können von den Krankenkassen zu einem Leben im Heim gezwungen werden. Die Richtlinie zur außerklinischen Intensivpflege, die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vor zwei Wochen verabschiedet wurde und ab 2023 gilt, verschleiern diese Option mit wohlklingendem Wortgeplänkel“, kritisiert die Sprecherin der LIGA Selbstvertretung, Dr. Sigrid Arnade.

„Das eigentliche Ziel der Krankenkassen, Geld zu sparen, indem den Betroffenen nicht ein menschenwürdiges Leben in der eigenen Häuslichkeit, sondern nur ein Heimplatz zugestanden wird, ist weder im Gesetzgebungsprozess noch bei der Erarbeitung der zugehörigen Richtlinie jemals in Frage gestellt worden“, bemängelt die LIGA-Sprecherin, Dr. Sigrid Arnade. Lediglich die eindeutigen Formulierungen, dass Intensivpflege nur noch stationär erbracht wird, seien durch eine weichere Diktion mit demselben Ergebnis ersetzt worden. „Die Anforderungen an die beteiligten Ärzt\*innen und Assistenz-/Pflegekräfte sind



Dr. Sigrid Arnade  
© H.-Günter Heiden

Nichts über uns ohne uns!

fachlich so hochgeschraubt worden, dass es an ein Wunder grenzen würde, entsprechende Personen für eine Versorgung im ambulanten Bereich zu finden“, erläutert Dr. Sigrid Arnade.

Außerdem wurde nach Ansicht von Dr. Sigrid Arnade entgegen aller fachlicher Erwägungen der leistungsberechtigte Personenkreis eingeschränkt und den Kassen damit eine weitere Sparoption eröffnet: Nur solchen Personen könne eine Intensivpflege verordnet werden, bei denen eine „Intervention bei lebensbedrohlichen Situationen mit hoher Wahrscheinlichkeit täglich unvorhersehbar erforderlich ist“. Die vielen Menschen, bei denen solche Situationen nicht täglich auftreten, die aber unvorhersehbar in größeren Abständen eine sofortige medizinische oder pflegerische Intervention benötigen, seien nicht umfasst.

„Es ging nie darum, eine optimale Versorgung der Betroffenen bei einem Höchstmaß an Lebensqualität zu gewährleisten“, resümiert die LIGA-Sprecherin den langen Prozess seit dem ersten Gesetzentwurf im Sommer 2019. „Selbst in einer letzten Anhörung zur Richtlinie im Oktober 2021 wurde es von interessierter Seite so dargestellt, als sei Intensivpflege ein erstrebenswerter Wellnessbereich, der vor dem Zugriff nicht berechtigter Personen geschützt werden müsse“, erklärte Dr. Sigrid Arnade

Arnade vermutet nun, dass auf den Vorstandsetagen der Krankenkassen seit zwei Wochen die Sektorkorken knallen, während der Großteil der sonst so kämpferischen Behindertenbewegung schweigt, lobt und abwartet. Hier habe sich einmal mehr die alte Taktik „If you cant beat them - eat them“ bewährt, und die Betroffenen seien durch Beteiligungsformate mit Staatsgeheimnischarakter eingelullt worden. „Bleibt nur zu hoffen, dass die neue Koalition ihre im Koalitionsvertrag formulierte Absicht umsetzt und weiterhin die 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich ermöglicht“, so Arnade abschließend.

Link zum Download der Richtlinie: <https://www.g-ba.de/beschluesse/5142/>

Die LIGA Selbstvertretung ist ein Zusammenschluss von 13 bundesweit tätigen Selbstvertretungsorganisationen, die von behinderten Menschen selbst verwaltet, geführt und gelenkt werden.

## Politik

### Jürgen Dusel bleibt Behindertenbeauftragter

kobinet-nachrichten am 12. Januar 2022 von Ottmar Miles-Paul

Gut ein Monat nach Amtsantritt der neuen rot-grün-gelben Bundesregierung hat das Bundeskabinett heute am 12. Januar beschlossen, dass der bisherige Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel sein Amt auch in dieser Legislaturperiode weiter ausüben kann. Diese Entscheidung gab heute der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Dr. Rolf Schmachtenberg bekannt.



Jürgen Dusel © Henning Schacht